

Werner Rügemer

**EUROPÄISCHE UNION
– sozial und völkerverbindend?**

1. Auflage November 2019

Herausgeber:
KLARtext e.V.
www.info-klartext.de

ISBN 978-3-932246-44-9

DVS Digitaler Vervielfältigungs-
und Verlags-Service Frankfurt (M.)

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Einleitung.....	7
I. Geschwisterpaar: Marshall-Plan und NATO.....	11
USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen.....	11
Kalter Krieg beginnt spätestens 1943.....	12
NATO: Die Gründungslüge.....	12
Die Legende vom „Kalten Krieg“.....	13
USA: „Verteidigungs“-Linie nach Europa verschieben.....	14
General Marshall: Erst Außen-, dann Verteidigungsminister...	15
Vorstufe Brüsseler Pakt: „Deutsche“ und „kommunistische Gefahr“.....	16
Krieg gegen Befreiungsbewegungen in den europäischen Kolonien.....	18
Großbritannien.....	18
Kanada.....	19
Frankreich.....	19
Belgien, Niederlande, Luxemburg.....	21
Belgien.....	21
Portugal.....	22
Kleine Staaten als NATO-Gründungsmitglieder.....	22
Spätere NATO-Mitglieder.....	23

Die USA dringen in die europäischen Kolonien ein.....	24
Im Geleitzug: Ost-Erweiterung von EU und NATO.....	25
Endlich Russland erobern.....	26
Den USA folgen, auch wenn man selbst geschädigt wird.....	26
Nationalismus, Ethno-Politik.....	27
Globale Kriege unter US-Führung.....	28
„Mehr europäische Unabhängigkeit“?.....	28
Völker- und menschenrechtlicher Tiefpunkt.....	29
Friedens-Nobelpreis für die EU 2012.....	30
II. Kapital und Arbeit.....	31
Kapitalverflechtung zwischen der EU und den USA.....	31
Die Kapital-Bürokratie.....	35
Beginn: Die Montanunion.....	35
Die heutige EU-Bürokratie.....	37
Arbeitsunrecht in der EU: Die Instrumente.....	44
Die führende Rolle der Bundesrepublik Deutschland.....	45
Die Instrumente des EU-Arbeits-Unrechts.....	49
III. Soziale, demokratische und friedliche Umgründung.....	62

Vorwort

Oft ist zu hören, diejenigen, die die Europäische Union und ihre Kommissare als Repräsentanten des Kapitals kritisieren, würden sich damit gegen „unser Europa“ stellen. Sie werden als „Anti-Europäer“ bezeichnet.

Man reibt sich verwundert die Augen.

Europa umfasst 49 Staaten, die EU (einschließlich Großbritannien) nur 28. Es braucht also schon eine gehörige Portion Überheblichkeit, die EU mit Europa gleichzusetzen bzw. den Eindruck zu erwecken, EU-Ministerrat und Europäische Kommission verträten ganz Europa.

Aber auch als Bürger eines EU-Mitgliedstaates sollte es möglich sein, die von „seiner“ Regierung miternannten Kommissare anzugreifen, ohne als Gegner Europas, als „Anti-Europäer“ beschimpft zu werden. Übertragen auf Deutschland müssten demnach alle Kritiker der Bundesregierung als Gegner Deutschlands, als „Anti-deutsche“ gelten. Wirklich „europäisch“ bzw. „deutsch“ usw. soll nur sein, wer auf Regierungskurs liegt. Dennoch gilt Meinungsfreiheit den Regierenden als bürgerlich-demokratisches Grundrecht.

Seit Jahrzehnten steht die EU in der Kritik aufgrund ihrer Bindung an die Interessen des Kapitals. Nach dem Motto „links gleich rechts“ wird diese Kritik immer öfter als Ausdruck des wachsenden Nationalismus in Europa diffamiert. Sie wird sogar mit der Kritik der Deutsch-Nationalen und der Faschisten auf eine Stufe gestellt, die Deutschland als ausgebeuteten „Zahlmeister“ der Union hinstellen und deswegen den Austritt aus der EU anstreben.

Aber fördert nicht gerade die EU Nationalismus, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Konkurrenz der Volkswirt-

schaften gegeneinander in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellt?

Dass es genug sachliche Gründe gibt, die EU in ihren reaktionären Fundamenten zu hinterfragen oder gar abzulehnen, das soll diese Broschüre aufzeigen.

Werner Rügemer hat auf einem Klartext-Wochenende am 25. Mai 2019 dazu Stellung genommen und in erweiterter Form zu dieser Broschüre verarbeitet. Dafür bedanken wir uns.

Der Vorstand von Klartext e.V.

Einleitung

Die Europäische Union (EU) ist nicht sozial, sondern asozial. Die EU ist nicht völkerverbindend, sondern spielt Mitgliedsstaaten gegeneinander aus, hetzt gegen andere Staaten und beteiligt sich in Europa selbst und weltweit an völkerrechtswidrigen Kriegen.

Das sollte doch mal anders werden, nicht wahr? Tatsächlich, nach dem 2. Weltkrieg und nach der Besetzung Europas durch die deutsche Wehrmacht und ihre europaweiten Kollaborateure sollte „Europa“ eine Region des allgemeinen Wohlstands und ein Hort des Friedens sein, und auch der Demokratie.

Es kam anders. Und es kam scheinbar unmerklich anders, langsam, schrittweise, sodass ein Großteil der Bevölkerungen in der ständig wachsenden Zahl der EU-Mitgliedsstaaten jahrzehntelang an die Versprechen glaubte – zuerst im Westen, dann in Osteuropa – und teilweise heute noch glaubt, gegen die Wirklichkeit. Als populistisches Versprechen, an das die Herrschenden gerne erinnern, ist lediglich das „freie Reisen“ geblieben – allerdings nur für EU-Bürger selbst, während andere an Europas Grenzen gnadenlos dem Ertrinken überlassen werden.

Kein allgemeiner Wohlstand: Nicht allgemeiner Wohlstand breitet sich aus, sondern extreme Selbstbereicherung derer, die schon besonders reich waren bzw. auch mithilfe der EU noch reicher wurden und noch werden wollen. Und auf der anderen Seite eine vielgestaltige Armut der Prekären, Arbeitslosen, Alten und flexiblen TagelöhnerInnen – und dazwischen die kleine Schicht der meist akademisch gebildeten asozialen AufsteigerInnen, die den reichen Kapitalisten als Berater, Anwälte, PR-Agenten und leitende BeamtInnen dienen (wollen oder sollen); dazu die Schicht des schrumpfenden „Mittelstands“-BeamtInnen der mittleren und unteren Ebene, ProfessorInnen und LehrerInnen, FacharbeiterInnen u.ä., die jetzt in der älteren Generation zum Teil ihre guten

Renten während ihres mehr oder weniger gefitteten Alters noch angenehm verfüttern können (vom Vegetieren vieler alter Menschen in Altersheimen – pardon „Seniorenresidenzen“ – sprechen wir jetzt mal nicht). Das etwa ist die Lage in den reicheren westeuropäischen Gründungsstaaten, also Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien und Bundesrepublik Deutschland – wobei für Westdeutschland auf dem Gebiet des 1949 gegründeten kapitalistischen Separatstaats BRD anderes gilt als für die 1990 annektierte DDR, heute Ostdeutschland. Die Lage in den später aufgenommenen EU-Mitgliedsstaaten Osteuropas und des Balkans ist nochmal schlechter als in Ostdeutschland.

Keine Völkerfreundschaft: Nicht Frieden breitet sich aus, sondern Aufrüstung und Krieg. Von Anfang an wurde „Russland“, damals die Sowjetunion, von den „Friedensstiftern“ aus Europa und der EU nicht nur ausgeklammert, sondern als Systemfeind behandelt. Zudem führte und führt der Protektor USA weltweite Kriege, militärische Operationen und Putsch, mehrere Dutzend, damals gegen die Befreiungsbewegungen zum Beispiel in China, Griechenland, Korea, Laos, Vietnam, Kuba, Kongo, Chile; Jugoslawien wurde zerbombt, die verschiedenen Ethnien dort wurden gegeneinander aufgehetzt.¹ Unter US-Führung beteiligten und beteiligen sich EU-Staaten in unterschiedlicher Weise, direkt und indirekt, militärisch und mit Rüstungsexport, an militärischen Operationen, Besetzungen und Kriegen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, im Jemen sowie rüsten im Rahmen der NATO neu auf gegen Russland.

Im Anfang angelegt: Dass die EU sich so veränderte und entwickelte, wurde möglich durch die Kräfte, die von Anfang an in der EU eine beherrschende Rolle spielten. Aber sie mussten zunächst Rücksicht nehmen auf demokratische, vielfach antifaschistische Kräfte, die als Gegner des europäischen Faschismus moralisch ge-

1 Achim Wertz: Die Weltbeherrscher. Militärische und geheimdienstliche Operationen der USA. Frankfurt/Main 2015

stärkt aus dem Krieg und der Besetzung hervorgegangen waren. Wohlstand, Sozialstaat, Frieden: Dafür sprach die Stimmung der Mehrheits-Bevölkerungen nach dem Krieg. In den Institutionen der EU und in Bündnissen mit vielen EU-Staaten wie der NATO waren aber von Anfang an die antidemokratischen, neokolonial-kapitalistischen Kräfte präsent, die die Perversion der populistisch verkündeten Ziele nachhaltig vorangetrieben haben. Dabei spielen die USA eine wesentliche Rolle.

Keine Demokratie: Die USA haben immer auch ein parlamentarisches System gefördert, dessen wichtigste Entscheidungen nicht im Parlament, sondern in den großen privatkapitalistischen Konzernen, im Militär und in den Geheimdiensten gefällt bzw. vorbereitet werden. Dies wurde zudem abgesichert durch große private Medien: Sie okkupieren die als wichtigen Wert propagierte „Meinungsfreiheit“. Zu dieser Art Kapital-Demokratie gehört die unternehmerische Finanzierung politischer Parteien, die „christlich“, „konservativ“ und „liberal“ lackiert sind. Sogar Sozialdemokraten – jedenfalls solange sie noch nicht zur US-Gefolgschaft umgewandelt waren – galten als Gefahr. Diese populistischen „Volks“-Parteien – sie biedern sich der Bevölkerungsmehrheit mit Versprechungen an, die sie gar nicht einhalten können oder wollen, weil sie letztlich dem Privatkapital verpflichtet sind oder verpflichtet werden können. Sie haben die Mehrheit ihrer Wähler enttäuscht, vor allem durch den Abbau des versprochenen allgemeinen Wohlstands, des für alle Bedürftigen sorgenden Sozialstaats und vor allem durch Arbeitsarmut, *working poor*.

Als Alternative werden, zunächst indirekt, neue rechtsradikale Formationen gefördert, zunächst innerhalb der bisherigen Regierungsparteien wie etwa bei den Republikanern in den USA (Tea Party) und den Tories in England (Brexiteers). In der CDU drängen die direkten Unternehmerlobbyisten – etwa der CDU-Wirtschaftsrat mit ihrem Frontmann Friedrich Merz und die Junge

Union – darauf, die angebliche „Sozialdemokratisierung“ der CDU unter der Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel zu beenden. Ein Instrument, das auch – nicht zuletzt von den Leitmedien – für das Erstarren der neuen Rechtsradikalen eingesetzt wird, ist die gleichzeitige Diskriminierung der Linken. Verhindert wird damit die demokratische Erneuerung.

Soziale und völkerverbindende Umgründung: Der Durchgang durch die bisherige Geschichte der EU, ihrer Vorformen und ihrer gegenwärtigen Realität soll dazu dienen, die Forderungen und Strategien herauszuarbeiten, die für die soziale, demokratische und völkerverbindende Umgründung der EU notwendig sind.